

## **Rangliste der Pressefreiheit 2025: Um die Pressefreiheit steht es so schlecht wie nie – Die wirtschaftliche Schwächung der Medien ist eine der grössten Gefahren**

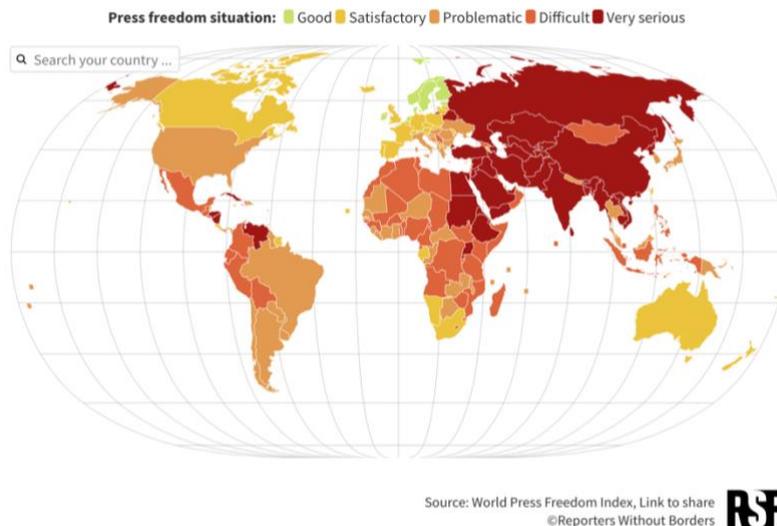
**Der wirtschaftliche Druck auf die Medien stellt weltweit ein erhebliches Hindernis für die Pressefreiheit dar – auch wenn er oft weniger einfach zu erkennen ist als etwa physische Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten. In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) erreicht der Indikator für die wirtschaftliche Stabilität der Medien denn auch einen neuen globalen Tiefststand. Zum ersten Mal stufen wir daher die weltweite Lage der Pressefreiheit als «schwierig» ein.**

Die Pressefreiheit geht in vielen Regionen der Welt in besorgniserregender Weise zurück. Ein wichtiger, vielerorts unterschätzter Faktor schwächt die Medien dabei stark: der wirtschaftliche Druck. Eigentumskonzentration, Druck von Werbekunden oder Geldgebern, fehlende, eingeschränkte oder undurchsichtige Vergabe staatlicher Hilfen... Angesichts der weltweit erhobenen Daten, die für die globale Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) dieses Jahr zusammengetragen wurden, ist die Feststellung unumgänglich: Die Medien befinden sich heute in einer Zwickmühle zwischen der Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit und ihrem wirtschaftlichen Überleben.

*«Dass wir dieses Jahr die globale Situation der Pressefreiheit erstmals übergreifend als «schwierig» bezeichnen müssen, ist bedenklich. Der wichtigste Trend, den wir dieses Jahr identifizieren – dass in fast allen Ländern der wirtschaftliche Druck auf die Medien steigt – ist auch in der Schweiz feststellbar. Dabei gilt nun mehr denn je: Ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit gibt es keine freie Presse. Geschwächte Medien werden zur Beute von politischen Entscheidungsträgern, Oligarchen und Autokraten. Wirtschaftlich geschwächte Medien haben je länger desto weniger die Möglichkeiten, sich gegen die Feinde der freien Presse, gegen Desinformation und Propaganda zu wehren. Eine wirtschaftliche Stärkung des unabhängigen Journalismus ist deswegen wichtiger denn je. Die Produktion und Verbreitung von vertrauenswürdigen Informationen sind zwar kostspielig. Aber sie sind unabdingbar für das demokratische Funktionieren unserer Gesellschaften.»*

**Denis Masmajan**  
Generalsekretär von RSF Schweiz

**Der wirtschaftliche Indikator des Rankings von RSF**, welcher die finanziellen Bedingungen der Medien beleuchtet, ist hauptsächlich dafür verantwortlich, dass sich die Mehrheit aller untersuchten Länder im Ranking verschlechtert haben.



## Zahlreiche Schliessungen von Medien

- In 160 der 180 von RSF untersuchten Länder können die Medien laut den von RSF gesammelten Daten keine finanzielle Stabilität mehr erreichen.
- Schlimmer noch: In fast einem Drittel aller Länder weltweit werden Medien aufgrund von anhaltender wirtschaftlicher Not regelmässig geschlossen. Das ist etwa der Fall in den [USA](#) (57. Rang, -2 Plätze), in [Argentinien](#) (87., -21) oder in [Tunesien](#) (129., -11).
- In [den palästinensischen Gebieten](#) (163., -6) ist die Situation desaströs. In Gaza ist das die Folge der mittlerweile über 18 Monate andauernden Blockade durch die israelische Armee, welche zahlreiche Büros von Medien zerstört und fast 200 Medienschaffende getötet hat. Auch in [Haiti](#) (112., -18) hat die fehlende politische Stabilität dazu beigetragen, dass die Medienlandschaft ins Chaos gestürzt ist.
- Auch Länder mit relativ guter Platzierung wie [Südafrika](#) (27., +11) oder [Neuseeland](#) (16., +3), sind von wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht ausgenommen.
- Derweil zeigen sich in 34 Ländern massive und weitreichende Schliessungen von Medien ab, die wiederum zahlreiche Journalistinnen und Journalisten ins Exil gezwungen haben. Dies gilt insbesondere für [Nicaragua](#) (172., -9 Plätze), aber auch für [Belarus](#) (166.), [Iran](#) (176.), [Myanmar](#) (169.), den [Sudan](#) (156.), [Aserbaidschan](#) (167.) oder [Afghanistan](#) (175.) wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu grossem politischem Druck hinzukommen.

## Die USA besonders stark vom wirtschaftlichen Rückgang betroffen

In den [Vereinigten Staaten](#) (57., -2 Plätze), wo der Wirtschaftsindikator innerhalb von zwei Jahren mehr als 14 Punkte verloren hat, verwandeln sich in einigen Bundesstaaten weite Regionen in richtiggehende Informationswüsten. Der Lokaljournalismus zahlt für die Wirtschaftskrise einen hohen Preis: Mehr als 60% der Journalistinnen und Medienexperten, die [von RSF in Arizona, Florida, Nevada und Pennsylvania befragt wurden](#), sagen, dass es «schwierig ist, als Journalistin oder Journalist den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen». 75% sind zudem der Meinung, dass «die wirtschaftliche Lebensfähigkeit eines durchschnittlichen Medienunternehmens in Schwierigkeiten ist». Der Rückgang um 29 Plätze im gesellschaftlichen Indikator des Rankings zeigt zudem, dass das Umfeld für die Presse zunehmend feindselig wird.

Die zweite Amtszeit von Donald Trump hat diese Tendenz verstärkt, auch wenn das Ausmass von Trumps Entscheidungen im aktuellen Ranking noch nicht vollständig erkennbar ist.

Wirtschaftliche Gründe werden unter der Trump-Administration als Mittel zur Unterdrückung der Presse instrumentalisiert: Die Einstellung der Finanzierung mehrerer Redaktionen durch die US-Agentur für globale Medien (USAGM) – darunter Voice of America und Radio Free Europe/Radio Liberty – ist nur ein Beispiel dafür. Über 400 Millionen Menschen weltweit wurden dadurch per sofort von zuverlässigen Informationen abgeschnitten. Aus dem gleichen Grund hat die Einfrierung von Hilfgeldern über die US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) Hunderte von Medien in eine kritische wirtschaftliche Lage gebracht und einige von ihnen, insbesondere in der [Ukraine](#) (Platz 62), zur Schliessung gezwungen.

## Hegemonie der Plattformen und Medienkonzentration

Diese Tendenzen schwächen eine Medienwirtschaft, die bereits durch die Dominanz der grossen Tech-Konzerne (GAFAM – Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) im Bereich der Informationsverbreitung stark beeinträchtigt ist, weiter. Die weitgehend unregulierten Plattformen beanspruchen einen wachsenden Anteil der Werbeeinnahmen, die dem Journalismus mehr und mehr abhandenkommen. Die Gesamtausgaben für Werbung auf sozialen Plattformen [beliefen sich 2024 auf 247,3 Milliarden Dollar](#), was einem Anstieg von 14% gegenüber 2023 entspricht. Damit schwächen die Tech-Konzerne nicht nur das Wirtschaftsmodell der Medien, sondern tragen auch zur verstärkten Verbreitung irreführender oder falscher Inhalte bei und verstärken das Phänomen der Desinformation.

Neben diesen Einnahmeverlusten, die die Medienwirtschaft umwälzen und die Medien weiter unter Druck setzen, ist die Medienkonzentration ein weiterer Faktor für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bewertung in der diesjährigen Rangliste der Pressefreiheit. Sie stellt eine Gefahr für den Pluralismus im Journalismus dar. In 46 Ländern ist der Medienbesitz laut unserer Analyse stark konzentriert oder gar vollständig in staatlicher Hand.

Das Spektrum reicht weit: Von [Russland](#) (171., -9 Plätze), wo die Medien quasi vollständig unter der Kontrolle des Staates oder kremlnaher Oligarchen stehen, über [Ungarn](#) (68.), wo die Regierung kritische Medien durch die ungerechte Verteilung staatlicher Werbegelder erstickt, bis hin zu Ländern, in denen Gesetze über ausländische Einflussnahme zur Unterdrückung des unabhängigen Journalismus eingesetzt werden, wie etwa in [Georgien](#) (114., -11). Durch diese Vorgänge wird die Informationsfreiheit zunehmend durch undurchsichtige oder willkürliche Finanzierungsbedingungen eingeschränkt. Dies ist ebenfalls in [Tunesien](#) (129., - 11), [Peru](#) (130.) oder [Hongkong](#) (140.) zu sehen, wo staatliche Subventionen nun an regierungsnahen Medien fließen.

In besser positionierten Ländern wie [Australien](#) (29.), [Kanada](#) (21.), [Tschechien](#) (10.) und [Finnland](#) (5.) bleibt eine solche Medienkonzentration ein Punkt, der beobachtet werden muss. In [Frankreich](#) (25.,) wird ein bedeutender Teil der nationalen Presse von einigen wenigen Grossvermögenden kontrolliert. Diese zunehmende Konzentration schränkt die redaktionelle Vielfalt ein und wirft ernsthafte Fragen hinsichtlich der tatsächlichen Unabhängigkeit der Redaktionen von den wirtschaftlichen oder politischen Interessen ihrer Aktionäre auf.

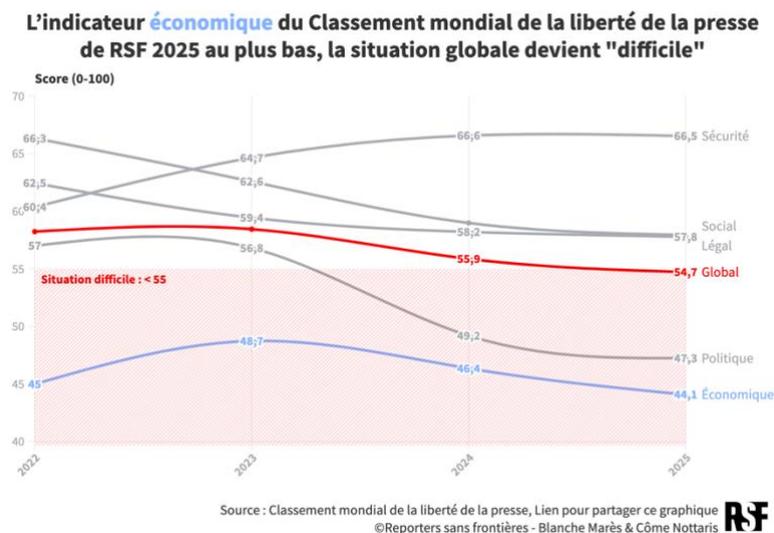
Tatsächlich verschärft die inhaltliche Einmischung der Eigentümer die Situation noch. In mehr als der Hälfte der bewerteten Länder (in 92 Ländern) gibt die Mehrheit der Befragten an, dass die redaktionelle Unabhängigkeit der Redaktionen durch die jeweiligen Medieninhaber häufig oder systematisch eingeschränkt wird. Im [Libanon](#) (132.), in [Indien](#) (151.), in [Armenien](#) (34.) oder in [Bulgarien](#) (70., -11) hängt die Existenz zahlreicher Medien von der wirtschaftlichen Kontrolle durch regierungs- oder wirtschaftsnahen Politiker ab. Eine als systematisch bezeichnete Einflussnahme wird von den Befragten in 21 Ländern festgestellt, darunter in [Ruanda](#) (146), in den [Vereinigten Arabischen Emiraten](#) (164) oder in [Vietnam](#) (173.).

**Zum ersten Mal bezeichnen wir die Lage der Pressefreiheit weltweit als «schwierig»**

Die Ergebnisse des Rankings deuten seit über zehn Jahren auf eine weltweite Verschlechterung der Pressefreiheit hin. Jahr 2025 wird nun eine neue rote Linie überschritten: Der Durchschnittswert aller bewerteten Länder fällt erstmals unter 55 Punkte («schwierige Lage»). 112 Länder (über 60%) verzeichnen einen Rückgang im Ranking.

Zum ersten Mal seit der Existenz dieser Rangliste sind zudem die Bedingungen für die Ausübung des Journalismus in mindestens der Hälfte aller Länder weltweit schlecht – und in weniger als einem zufriedenstellend.

In 42 Ländern, in denen insgesamt über Hälfte der Weltbevölkerung lebt (56,7 %), wird die Lage als «sehr ernst» eingestuft: Dort gibt es keinerlei Pressefreiheit, und die Arbeit als Journalist oder Journalistin ist besonders gefährlich. Dies ist der Fall in den



[palästinensischen Gebieten](#) (163.), wo die israelische Armee seit über 18 Monaten fast 200 Medienschaffende getötet hat, darunter mindestens 43 bei der Ausübung ihrer Arbeit. Zudem hat Israel eine Nachrichtensperre über die belagerte Enklave verhängt. Entsprechend setzt auch [Israel](#) (112.) seinen Abstieg in der Rangliste weiter fort (-11 Plätze).

In drei ostafrikanischen Ländern – [Uganda](#) (143.), [Äthiopien](#) (145.) und [Ruanda](#) (146.) – wird die Lage der Pressefreiheit in diesem Jahr zudem neu als «sehr ernst» eingestuft. [Hongkong](#) (140.) rutscht ebenfalls in den roten Bereich, wo sich schon seit mehreren Jahren Länder befinden wie [China](#) (178., -6), [Nordkorea](#) (179.) und das Schlusslicht der Rangliste [Eritrea](#) (180.). In Zentralasien trüben darüber hinaus [Kirgisistan](#) (144.) und [Kasachstan](#) (141.) das Bild. Im Nahen Osten, einer Region, die vollständig rot ist, fällt insbesondere [Jordanien](#) (147.) vor allem aufgrund freiheitsfeindlicher Gesetze für die Presse um 15 Plätze zurück.

## Der Abstand zwischen Westeuropa und den übrigen Regionen wächst

**Der Nahe Osten und Nordafrika** bleiben die gefährlichsten Regionen für Medienschaffende weltweit, wobei vor allem die Tötung der Journalistinnen und Journalisten in Gaza durch die israelische Armee hervorzuheben ist. Mit Ausnahme von [Katar](#) (79.) befinden sich alle Länder in einer «schwierigen» oder «sehr schwierigen» Lage. Die Presse ist zwischen der Unterdrückung durch autoritäre Regime und anhaltender wirtschaftlicher Unsicherheit gefangen. [Tunesien](#) (129., -11), verzeichnet den stärksten wirtschaftlichen Rückgang in der Region (-30 Plätze in diesem Bereich) vor dem Hintergrund der politischen Krise, in welcher die Presse ins Visier genommen wird. Der [Iran](#) (176.), wo Medienschaffende mundtot gemacht und jede kritische Äusserung unterdrückt wird, verharrt am Ende der Rangliste, ebenso wie

[Syrien](#) (177.), das auf eine tiefgreifende Erneuerung der Medienlandschaft nach Baschar al-Assad wartet.

Von den 32 Ländern und Gebieten in **der Region Asien-Pazifik** haben in der Rangliste 20 einen Rückgang ihrer wirtschaftlichen Bewertung verzeichnet. Die systematische Kontrolle der Medien in autoritären Regimes orientiert sich oft am Propagandamodell [Chinas](#) (178.), das nach wie vor das grösste Gefängnis der Welt für Medienschaffende ist und in der Rangliste den drittletzten Platz belegt, knapp vor [Nordkorea](#) (179.). Angesichts der Konzentration der Medien in den Händen mächtiger, regierungsnaher Konzerne, wie beispielsweise in [Indien](#) (151.), sowie des wachsenden wirtschaftlichen Drucks sieht sich die freie Presse in der Region zunehmender Unterdrückung und immer grösserer Unsicherheit ausgesetzt.

Die Pressefreiheit erlebt auch in Subsahara-Afrika einen besorgniserregenden Rückschlag in Subsahara-Afrika. [Eritrea](#) (180.) bleibt das Schlusslicht der Rangliste. In 80 % der Länder der Region hat sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert. In der [Demokratischen Republik Kongo](#) (133., -10), wo der wirtschaftliche Indikator stark sinkt, polarisiert sich die Medienlandschaft im Osten des Landes weiter und Medien werden massiv unterdrückt. Dies ist auch in anderen Kriegs- Krisenkontexten der Fall – etwa in [Burkina Faso](#) (105., -19), im [Sudan](#) (156., -7) oder in [Mali](#) (119., -5), wo Redaktionen zu Selbstzensur, Schliessung oder Exil gezwungen sind. Die extreme Medienkonzentration in den Händen von Politikern oder Geschäftsleuten, ohne Gewährung von redaktioneller Unabhängigkeit ist ein weiteres wiederkehrendes Phänomen, sei das in [Kamerun](#) (131.), [Nigeria](#) (122., -10) oder in [Ruanda](#) (146.). Im Gegensatz dazu macht immerhin der [Senegal](#) (74.), wo die Behörden Wirtschaftsreformen in die Wege geleitet haben, 20 Plätze gut.

Die grosse Mehrheit der Länder in Nord-, Mittel- und Südamerika (22 von 28) verzeichnet einen Rückgang im Wirtschaftsindikator des Rankings. In den [USA](#) (57.) hat die zweite Amtszeit von Donald Trump zu einer besorgniserregenden Entwicklung hinsichtlich der Pressefreiheit geführt. In [Argentinien](#) (87.) hat Präsident Javier Milei Medienschaffend stigmatisiert und die öffentlichen Medien zerschlagen. In [Peru](#) (130.) und [El Salvador](#) (135.) wird die Pressefreiheit durch Propaganda und Angriffe auf kritische Medien geschwächt. [Mexiko](#) (124.), das noch immer in der Region gefährlichste Land für Journalistinnen und Journalisten, verzeichnet ebenfalls einen starken Rückgang des Wirtschaftsindikators. Am Ende der Rangliste in der Region steht [Nicaragua](#) (172.), wo die Regierung von Ortega-Murillo die unabhängigen Medien zerschlagen hat. Im Gegensatz dazu setzt hingegen [Brasilien](#) (63.) seinen Aufwärtstrend nach der Ära Bolsonaro fort.

**Europa**, das in der regionalen Rangliste an der Spitze steht, ist hinsichtlich der Pressefreiheit zunehmend gespalten. Osteuropa/Zentralasien verzeichnet als Region den stärksten Rückgang in der Rangliste, während die Region Westeuropa/EU/Balkan, den weltweit höchsten Gesamtwert aufweist und den Abstand zu den anderen Regionen weiter vergrössert. Allerdings ist auch hier die Auswirkung des wachsenden wirtschaftlichen Drucks spürbar. In 28 von 40 Ländern (70%) geht der wirtschaftliche Indikator zurück. Und die Umsetzung der [EU-Verordnung zur Pressefreiheit \(EMFA\)](#) lässt weiter auf sich warten. Die Lage verschlechtert sich insbesondere in [Portugal](#) (8., -1), [Kroatien](#) (60., -12) und [Kosovo](#) (99., -24). [Norwegen](#) (1.), das als einziges Land weltweit in allen fünf Indikatoren der Rangliste eine «gute Lage» aufweist, landet zum neunten Mal in Folge auf dem ersten Platz. Der Abstand zu den anderen Ländern wächst derweil weiter. [Estland](#) (2.) belegt neu den zweiten Platz, vor den [Niederlanden](#) (3.), welche mit [Schweden](#) (4.) im Vergleich zum Vorjahr die Plätze tauschen.

**Genauere Informationen zur Methodologie unseres Rankings finden Sie [hier](#).**